

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster, Ing. Mag Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Sofortige Aufhebung der CO₂-Steuer zur Entlastung der von der massiven Teuerung geplagten Landsleute**

Die Kosten des täglichen Lebens explodieren und unsere Landsleute sind einer massiven Teuerungswelle ausgesetzt. Die Inflationsrate in Österreich im August 2022 lag bei exorbitanten 9,3 Prozent. Das ist ein Rekordhoch seit fast einem halben Jahrhundert.

Zusätzlich zu dieser für alle Landsleute spürbaren und für viele Landsleute sogar dramatischen Preisentwicklung hat die Bundesregierung im Oktober 2021 eine CO₂-Bepreisung beschlossen, die ab 1. Juli 2022 in Kraft treten sollte und dann auf 1. Oktober 2022 verschoben wurde. Es ist unbestritten, dass diese CO₂-Bepreisung insbesondere die ohnehin bereits absurd hohen Kosten für Treibstoff, Energie und Heizen weiter in die Höhe treiben wird. Vor allem Klein- und Mittelverdiener werden die Mehrkosten durch die CO₂-Steuer stark zu spüren bekommen.

Fakt ist, dass mit der CO₂-Steuer eine zusätzliche Umweltsteuer eingehoben wird, obwohl bereits jetzt in Österreich jährlich mehr als 15 Milliarden Euro an sogenannten Umweltabgaben eingenommen werden. Das sind um 34 Prozent mehr als noch vor 10 Jahren. Das höchste Aufkommen generiert der Staat mit der Mineralölsteuer (jährlich ca. 4,74 Milliarden Euro). Zu den umweltrelevanten Abgaben in Österreich zählen u.a.: Mineralölsteuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, LKW-Maut, Energieabgabe, Normverbrauchsabgabe (NoVA), Vignette, KFZ-Zulassungssteuer, Sondermaut, Emissionszertifikate, Altlastenbeitrag, Flugticketabgabe, Kraftfahrzeugsteuer.

In Anbetracht der massiven Teuerung in vielen Bereichen des täglichen Lebens ist eine zusätzliche Steuer für die österreichische Bevölkerung in keiner Weise sozial verträglich, sondern befeuert die Armut und treibt viele Landsleute in die Schuldenfalle.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, alle notwendigen Schritte für eine sofortige Aufhebung der CO₂-Steuer zur Entlastung der von der massiven Teuerung geplagten Landsleute einzuleiten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zuzuweisen.